

Trassengegner fordern Wahlversprechen ein

Demonstration der Bürgerinitiativen auf dem Altdorfer Marktplatz — Kritik am Koalitionsvertrag

Pegnitz-Zeitung
6. November 2018

ALTDORF — Die Vertreter der Bürgerinitiativen gegen die geplante Stromtrasse haben vor der Kulisse des Altdorfer Marktplatzes ein Zeichen gegen den aus ihrer Sicht überdimensionierten Netzausbau gesetzt. In einer Liveschleife in die „Frankenschau“ des Bayerischen Fernsehens forderten sie von den Koalitionspartnern CSU und FW die Einhaltung ihrer Wahlversprechen.

Die Freien Wähler hatten sich im Wahlkampf „für eine Energiewende ohne Trassenwahn“ ausgesprochen. Die Sprecherin der Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis, Dörte Hamann, stellte in Altdorf klar: „Mindestens gleichermaßen steht die CSU in der Pflicht, nicht länger die regionale Wertschöpfung und Förderung der Erneuerbaren Energien in Bayern zu blockieren.“

Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung sei in Sachen Energiepolitik „kein großer Wurf“, so die Trassengegner. Er sei zu zurückhaltend und unverbindlich formuliert. Nach wie vor behindere die sogenannte 10H-Abstandsregelung den Bau von Windkraftanlagen. „Ein Ende dieses Reliktes aus Seehofer-Zeiten wäre ein notwendiges Zeichen für einen Aufbruch hin zu einer zeitgemäßen Energiepolitik“, sind die Bürgerinitiativen überzeugt.

Aiwanger statt Pschierer

Hamann: „Die Besetzung des Energie- und Wirtschaftsministeriums mit Hubert Aiwanger ist eine bemerkenswerte Veränderung. Mit Franz Josef Pschierer als Staatssekretär und später als Wirtschaftsminister war eine Eiszeit in der Diskussion um das Thema Stromtrassen eingeleitet worden, die jetzt beendet werden muss.“ Pschierer hatte wörtlich gesagt: „Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie.“

Hohe Erwartungen also an den FW-Chef: „Der Posten ist für Hubert Aiwanger brandgefährlich, da er jetzt eine CSU-geprägte Energiepolitik verkaufen muss. Das kann zu einer ernsthaften Gefahr für die



Die Trassengegner demonstrierten in Altdorf, um die neue bayerische Regierungskoalition an ihre Forderungen zu erinnern. Insbesondere die Freien Wähler seien nun in der Pflicht, so die Meinung der Bürgerinitiativen. Foto: Privat

Glaubwürdigkeit der Freien Wähler werden.“

Der Landrat in der Pflicht?

Von Landrat Armin Kroder erhoffen sich die Trassengegner nun weiterhin ein offenes Ohr für die Anliegen der Betroffenen im Nürnberger Land. In einer Resolution gegen die „P44mod“-Trasse hatte Kroder am Jahresanfang gemeinsam mit ande-

ren Landkreisen und Gemeinden den massiven Netzausbau in Frage gestellt und die Stromtrassen-Kritiker in ihrem Anliegen unterstützt. Der FW-Politiker aus Neunkirchen war (*die Pegnitz-Zeitung berichtete*) bei den Koalitionsverhandlungen in München dabei.

Auch eine Aufrüstung bestehender Wechselstromtrassen lehnen die Bürgerinitiativen ab. Sie fürchten unter

anderem „Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung“ und berufen sich dabei auf das Bundesamt für Strahlenschutz das noch Forschungsbedarf sieht. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass niederfrequente Magnetfeldstärken krebserregend wirken können. Doch definitiv bewiesen ist das nicht. Bei Gleichstrom sind keine negativen gesundheitlichen Auswirkungen bekannt.